

Volks-Zeitung

Er scheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnementspreis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen u. Herzogt. Anhalt 40 Pf. wöchentl. oder M. 1,75 monatl. Abonnementspreis bei Postbezug: monatl. M. 1,75 u. vierteljährlich M. 5,25. Insertionspreis die Zeile 80 Pf. mit 45 Pf. Zuschlag; Familien-Anzeigen für Abonnenten 70 Pf. die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort 20 Pf., das fettgedruckte Wort 30 Pf. mit 50% Zuschlag. — Bedakt. u. Haupt-Expedit. SW, Jerusalemstr. 46-49. — Tel.: Centrum Nr. 10131-10144; L. d. Fernverk. Nr. 14207-14209. Chefredakteur: Otto Nuschke.

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt Illustrierter Familien-Zeitung und illustriertem Witzblatt ULK

Fileles: Moritzpl., Köpenicker Str. 67-68, Wilmersd. Str. 1-6, Frankf. Allee 208, Frankf. Allee 246, Gr. Frankf. Str. 109, Gröbner Str. 127, Schönha. Allee 144, Seid. Damm 4, Fennarb. 1, Müllerstr. 123, Radstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthal Str. 48, Rathenow Str. 3, Turnstr. 21, Potsd. Str. 23, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 20, Hühnerstr. 29, Charlottenb., Tannenstr. 2, Kaiser Str. 24, Schützenstr. 29, Nollstr. 20-21, Friedenstr. Rheinstr. 19, Hallesche-Grünwald, Henriettenufer, Lichtenberg, Frankf. Allee 241, Lichterfelde-West, Carstr. 1-3, Neukölln, Berliner Str. 41, Hermannstr. 20-24, Pankow, Bornholmer Str. 1, Schöneberg, Breite Str. 20, Schöneberg, Hauptstr. 28-34, Martin-Luther-Str. 9, Silesische Allee 130, Tegel, Berliner Str. 12, Tempelhof, Berliner Str. 147, Wilmersd. Umlandstr. 26, Brandenburg, Hauptstr. 4, Frankfurt a.O., Kasperstr. 48, Potsdam, Brandenburg Str. 23, Spandau, Breite Str. 47, Stettin, Paradiesplatz 8. Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die Landesversammlung über die Blutwoche.

Das preussische Kabinett.

Beginn der Verhandlungen zwischen den Parteien.

Nach einer Zwischenpause zwischen den Parteien. Heute, Dienstag, die Verhandlungen zwischen den Parteien der preussischen Landesversammlung über die Bildung der neuen preussischen Regierung. Da Verhandlungen bisher noch nicht stattgefunden haben, sind alle Meinungen über eine Regierungsbildung mit oder ohne Zentrum verfrüht.

Die Eröffnung des bayerischen Landtages.

Mehrheitssozialist Hoffmann Ministerpräsident.

München, 17. März.

Der bayerische Landtag trat heute vormittag wiederum im Landtagsgebäude zusammen. Es waren außergewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. Die Sitzung wurde eröffnet durch den stellvertretenden Alterspräsidenten Dr. Kochbrunner (Bayerische Volkspartei), der die Abgeordneten begrüßte und dem Abchied über die blutigen Ereignisse in der ersten Sitzung des Hauses Ausdruck gab. Das Haus hörte seine Ausführungen stehend an. Zum Präsidenten wurde der Abgeordnete Franz Schmidt (Mehrheitssozialist) gewählt. Darauf wurde nach kurzer Beratung das Staatsgrundgesetz in erster und zweiter Lesung angenommen und der Abgeordnete Hoffmann (Soz.) mit der Wahrnehmung des Postens des Ministerpräsidenten einstimmig betraut.

Das Lebensmittelabkommen.

Eine Warnung vor übertriebenem Optimismus.

Ueber die Wirkungen, die das zwischen Deutschland und der Entente geschlossene Lebensmittelabkommen auf die Versorgung Deutschlands in der nächsten Zukunft ausüben wird, werden den P. P. N. an zukünftiger Stelle folgende Angaben gemacht: Ueber diese Wirkungen kann eine Uebersicht, die auf Sicherheit Anspruch machen könnte, im Augenblick noch nicht gegeben werden. Garantiert hat die Entente nur die erste Sendung von 270 000 Tonnen Getreide sowie Sendungen an Konserve und kondensierter Milch. Die erste zugesagte Getreidesendung steht das Reichsernährungsamt keineswegs zu Mehrleistungen instand. Die Rationen werden, selbst wenn die 270 000 Tonnen Getreide in Deutschland angelangt sind, die gleichen bleiben wie bisher, da diese Sendung nur dazu dienen kann, die weitere Lieferung der bisherigen Rationen sicherzustellen. Denn ohne diese garantierte Getreidezufuhr hätten unsere Rationen zweifellos schon in nächster Zeit heruntergesetzt werden müssen. Ob später die Rationen erhöht werden können, wird davon abhängen, wie sich die weitere Einfuhr abwickeln wird. Für die weiteren Sendungen ist uns keine Garantie geleistet, sondern nur das Einfuhrrecht erteilt. Diese weitere Einfuhr ist an verschiedene Voraussetzungen geknüpft. Wir bekommen diese Sendungen nur, wenn wir die zur Einfuhr zugelassenen Quantitäten im feindlichen oder neutralen Ausland kaufen können, wenn wir zu bezahlen in der Lage sind und wenn wir die nötige Tonnage haben, die die Einfuhren bewerkstelligen können.

Selbst später, alle diese Voraussetzungen zu erfüllen, dann wird sich ein unbedingtes unsere Versorgung, insbesondere in Brot, Fleisch und Fett, günstiger gestalten. Da aber die Erfüllung dieser an die weitere Einfuhr geknüpften Voraussetzungen manche Schwierigkeiten hat, so wird man gut tun, sich vorläufig vor übertriebenem Optimismus zu hüten.

Demokratische Beamtenanträge.

Eine Reihe von Beamtenanträgen sind in der preussischen Landesversammlung gestellt worden. Die demokratische Fraktion beantragt die laufenden Feuerungszulagen und Kriegszuschüsse der Beamten und Lehrer durchgehend zu erhöhen und die erworbenen Rechte der Beamten ufw. verfassungsmäßig sicherzustellen. Ferner sollen Beamtenkammern schleunigst errichtet werden und dahin gewirkt werden, daß die kommunalen Beamten die gleichen Rechte erhalten und eine Reform des Gemeindebeamtenwesens baldmöglichst durchgeführt wird.

„Felsenfeste Ueberzeugung.“

Ein altpreussischer Offizier läßt in der „Kreuzzeitung“ einen Artikel vom Stapel, in dem endlich einmal gesagt wird wie wunderbar gut es die Musketeiere und Grenadiere unter der Fuchtel des alten Militarismus gehabt hatten: „Alles war zufrieden, tat seinen Dienst mit freudiger Begeisterung, keiner murkte...“ Wir jungen Offiziere standen mit unseren Kameraden — auch ohne Vertrauensleute — in einem wahrhaft herrlichen und freundschaftlichen Verhältnis. Wenn der Kommandeur bei der Vorinspektion über das Thema „Belohnungen“ gefragt wurde: Was ist der schönste Lohn des Soldaten? dann antwortete er: Das Bewußtsein, seine Pflicht treu erfüllt zu haben. Das war seine felsenfeste Ueberzeugung! Dafür bürgte ich!“

Die Abrechnung über den Bürgerkrieg.

In der preussischen Landesversammlung wurde gestern abend die Aussprache über den Antrag Hoffmann beendet. Der Antrag der Mehrheitssozialisten auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission wird am Mittwoch sicher angenommen werden. Die Kommission soll die Fälle untersuchen, in denen während des Bürgerkrieges in Berlin und im Reich Recht und Gesetz verletzt worden ist. Die Untersuchung wird nicht leicht sein, denn die zweitägige Debatte in der Landesversammlung hat bestätigt, daß im Bürgerkrieg noch mehr als in jedem anderen Kampf alle Hemmungen schwinden, daß für Recht und Menschlichkeit kein Raum bleibt. Hatte am Freitag der Antragsteller Adolf Hoffmann schwere Anklagen gegen die Regierungstruppen erhoben, so wurde gestern das Sündenregister der im Lager der Spartacisten und „Unabhängigen“ Kämpfenden aufgerollt. Schilderungen waren es, die Grauen und Entsetzen erregen müssen, auch bei denen, die alle Schrecken des Weltkrieges durchgemacht haben. Der stenographische Bericht über die gestrige und die Freitagssitzung mag all denen als Lektüre empfohlen werden, die leichtfertig mit dem Gedanken des Bürgerkrieges spielen.

Nur ein Wilson-Frieden wird unterzeichnet.

Kopenhagen, 17. März.

„Estrabladel“ wird aus Stockholm gemeldet: In hiesigen unterrichteten deutschen Kreisen verläutet mit größter Bestimmtheit, daß Deutschland es ablehnen wird, einen Frieden zu unterzeichnen, der nicht in Uebereinstimmung mit Wilsons vierzehn Punkten steht. Man soll sich über die Folgen einer solchen Weigerung vollkommen klar sein und wird unter keinen Umständen einen Frieden annehmen, der den Keim zu neuen Konflikten in sich trägt.

Pichon über den Vorfrieden.

Ein neutrales Deutschösterreich? — Die bolschewistische Gefahr.

Paris, 16. März.

Bei einem Empfang der alliierten Journalisten erklärte Pichon, nach einer Gadausmeldung, auf die Frage nach den Unterschieden zwischen den Präliminarien und dem Friedensvertrag, die Friedenspräliminarien bildeten grundsätzlich das Fundament des Friedensvertrages. Dieser sei die praktische Ausführung jener Grundlagen. Die Präliminarien bedeuteten aber nicht die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, sie bestimmten lediglich das Ende des Kriegszustandes. Nach dem Vorfrieden könne Deutschland unmittelbar seine Beziehungen mit dem Ausland wieder aufnehmen. Die deutsche Abordnung, die mit der Annahme der endgültigen Waffenstillstandsbedingungen beauftragt würde, müsse zuerst den Anfang machen.

Pichon sagte weiter, die Konferenz habe die Frage der Schaffung eines deutschen Oesterreichs als neutralen, unabhängigen Staates noch nicht genau geprüft, aber es sei nicht daran zu zweifeln, daß diese Staatsform für jenes Land selbst Vorteile wirtschaftlicher, militärischer und handelspolitischer Art bringen werde.

In bezug auf Polen sagte Pichon unter anderem: Die Abreise polnischer Truppen nach Danzig ist grundsätzlich beschlossen; französische Offiziere sind ebenfalls beauftragt, nach Polen zur Verstärkung des Heeres zu gehen. Ueber die bolschewistische Gefahr erklärte Pichon, die Frage werde bald auf die Tagesordnung gesetzt werden. Er versicherte, die französische Regierung habe niemals die Anerkennung der Sowjetregierung beschlossen.

Die Gefahr des Bolschewikeneinfalls.

Amsterdam, 17. März. (L. U.)

Die „Times“ erfahren aus Helsingfors: Die Moskauer Regierung hat auf Drängen Trozkis dem Roten Generalstab befohlen, baldigst einen Plan für die Bildung einer Armee von 150 000 Mann zu entwerfen, um damit im April oder Mai in Deutschland über Polen und Aurland einzufallen zu können. Das Hauptziel sollte sein, die Spartacisten in Deutschland zu unterkämpfen und die etwa 100 000 Mann russischen Kriegsgefangenen für offensive oder defensive Bewaffnung freizumachen.

Wie der „Times“ weiter mitgeteilt wird, wird auf dem Petersburger Markte Hundesfleisch öffentlich für 50 Rubel das Pfund verkauft. Rattenfleisch kostet 18 Rubel das Pfund.

Gemütsmenschen. Ein altpreussischer Offizier besingt in der „Kreuzzeitung“ den altpreussischen Militärgott der Eingabe und stellt ihm — als Auswurf der Revolution — folgendes Geschichtchen vom neu preussischen Geist gegenüber: „Als vor einigen Tagen ein Mann einer Kompanie starb, forderte der Kompanieführer die Mannschaften auf, dem verstorbenen Kameraden das letzte Geleit zu geben. Darauf forderten die Mannschaften für die Teilnahme an der Beisetzung drei Mark für Arbeitsdienst.“ — Auch das scheint ganz nett erfunden zu sein. Oder vielleicht doch nicht ganz?

Eine russische Ehrenpension für Liebschichts Witwe. Der Zentralsoviet in Moskau beschloß, so berichtet die „Eiserne Wg.“, nach der „Moningpost“, der Witwe Liebschichts eine jährliche Ehrenpension von 40000 Rubel zu bewilligen. Der Geburtstag Liebschichts wurde in die Liste der kommunikativen Feiertage, deren es jetzt bereits 18 im Jahre gibt, aufgenommen.

Der Auktionsverkauf in Spanien. Nach einer Madrider Gadausmeldung hat der Minister rat beschlossen, für alle Angestellten auf Gütern und Werften den Auktionsverkauf einzuführen.

Wirksam, als es die drei Vertreter der Regierung tun konnten, hat in der gestrigen Nachmittagsitzung der preussischen Landesversammlung der Redner der demokratischen Fraktion, Abgeordneter Oswald Riedel, die „Unabhängigen“ aus der Offensive in die Defensive gedrängt. Er brachte ein Anklagematerial gegen Adolf Hoffmanns Partei vor, das vernichtend wirkte. Riedel betrachtete den Berliner Generalstreik als einen Teil des Kriegsplans der „Unabhängigen“, der darauf abzielt, die Rationalsversammlung abzuschießen und eine Regierung der „Unabhängigen“ auszurufen. Nur der Uebereifer der Kommunisten habe den Plan zum Scheitern gebracht. Die Schilderung, die der demokratische Redner unter Anführung von Einzelfällen von der Einleitung und Durchführung des Generalstreiks in Berlin gab, bewies überzeugend, daß tatsächlich die Ueberheit der Spartacisten in enger Gemeinschaft mit den „Unabhängigen“ durch brutale Gewalttaten die besonnene Arbeiterkraft von der Arbeit ferngehalten und daß bestialische Grausamkeiten von Spartacisten und „Unabhängigen“ begangen worden sind. Riedel konnte auf seinen Fraktionskollegen, den Eisenbahnhandwerker Otto Hoffmann, verweisen, der mit sechs Messerstichen im Kopf und anderen lebensgefährlichen Verwundungen im Stummelburger Krankenhaus liegt als Opfer einer von den „Unabhängigen“ aus ihrem Västnerberger Hauptquartier geholten bewaffneten Bande. Otto Hoffmann hat vierzig Leidensofen genossen; denn die von den unabhängigen Streikbroten geführte Mörderbande hat nach Riedels Angaben mit Handgranaten und Gewehrshüssen eine friedliche Eisenbahnerversammlung auseinandergetrieben und die Versammlungsteilnehmer auf der Straße grausam gemißhandelt. Einem Wagenladierer, der auf der Straße schon bewußtlos unter den Schlägen der Bande zusammengebrochen war, wurde das rechte Auge ausgestochen. Eine ganze Reihe anderer Verletzungen konnte der Redner mit allen Einzelheiten berichten, und die Schilderung verfehlte nicht ihren Eindruck auf die Versammlung. Als Adolf Hoffmann bei der Anführung spartacistischer Wutthaten den Saal verlassen wollte, wurden ihm von den Abgeordneten der Mehrheit Rufe der Emphyse nachgerufen. Es ging überhaupt recht lebhaft in der Sitzung zu, und die Reden der einzelnen Abgeordneten wurden ständig von dem heftigen Streit zwischen einzelnen Abgeordneten der „Unabhängigen“ und der Mehrheit beakelt. Abg. Riedel ging auch auf das Treiben der „Unabhängigen“ in Düsseldorf und anderen Städten ein und wies an verschiedenen Stellen nach, daß einflußreiche Mitglieder der „Unabhängigen“ sehr stark an der Entfesselung des Bürgerkrieges beteiligt waren. Abgeordneter Riedel zeigte russische Patronen, die jetzt in Massen im Westen und Südwesten gefunden worden seien und offenbar als Munition für den nächsten Putz dienen sollen. Bemerkenswert ist auch Riedels Mitteilung, der unteren Lesern bekannte Vorsitzende des Arbeiterrats der Berliner Eisenbahndirektion, der „Unabhängige“ Gesecke, habe für den kommenden Generalstreik die Parole ausgesprochen, es müsse öffentlich abgestimmt und mit den dann ermittelten Gegnern des Streiks ohne Schonung abgerechnet werden. Abgeordneter Riedel richtete in diesem Zusammenhang an die Regierung die dringende Mahnung, mehr als bisher die Eisenbahner vor dem Terrorismus der „unabhängigen“ Generalfreibeher zu schützen. Aus der Rede erfuhr man weiter, daß während des Generalstreiks und Bürgerkriegs zwei „Arbeitsloshäuser“ unter Mitwirkung der Volksmorindivision und Maskenbälle der Streikfunktionäre veranstaltet worden sind. Schließlich wurde vom Abg. Riedel und dem Abg. Gronowitsch (Zentr.) behauptet, die „Unabhängigen“ hätten in ihren „Kriegsplan“ für den nächsten Generalstreik

auch die Wänderung ganzer Stadtteile sozusagen als legales Kampfmittel' aufgenom-men. Die Anlagen des Abg. Medel gegen die Unabhängigen waren so schwerer Natur, daß man gespannt sein muß, welche Auseinandersetzungen sich nach-daran knüpfen werden. Gestern erklärte Adolf Hoffmann nur, er bestreite die Behauptungen so lange, bis ausreichende Beweise dafür beigebracht werden. Der Volkspartei-leitende Holm an n konnte als Nichtenberger Bürger und Augenzeuge der Versammlung die scheinlichen Mordtaten schildern, die von demmenschten Gorden in Nichtenberg begangen worden sind. Er, wie alle übrigen Redner außer den Unabhängigen, erklärte sich für den sozialdemokratischen Antrag auf Einberufung einer parlamentarischen Untersuchungskommission.

Die 'Unabhängigen' schickten in dem Düsseldorf-Vertrags-anwalt Obuch zunächst einen recht ungeeigneten Botschafter ihrer Sache vor. Er sprach recht gemäßig und wachte einen scharfen Grenzstrich gegen die Spartacisten zu ziehen. Er ließ sich aber immer wieder durch seine Düsseldorf-Vertrags-anwalt aus dem Konzept bringen, die Auskunft über Düsseldorf verlangten. Herr Obuch war nämlich der Vorsitzende des Düsseldorf A. und S.-Klubs, und man macht ihn für die tolle Düsseldorf-Wirtschaft verantwortlich. Unerwähnter war die gegnerischen Angriffe hatte. Er sprach von 'politischen Giftmischungen', von 'Verleumdung', 'bewußter Unwahrheit' und anderen Dingen, die bisher dem parlamentarischen Wortschatz nicht angehört. Der Präsident schritt dagegen nicht ein - mit Recht, denn die Gegner hatten Herrn Hoffmann vorher ähnliche unparlamentarische Liebenswürdigkeiten gesagt. Der steife Ton des alten Abgeordnetenamt ist eben abgeklärt. In der Sache wandte sich Hoffmann dagegen, daß die 'Unabhängigen' mit den Spartacisten in einen Topf gegoren werden. Die von ihm am 9. November geleitete Beschlagnahme der 'Berliner Volkszeitung' sei ganz 'loyal' durchgeführt worden. Hoffmann schloß mit der Ankündigung, daß seine Partei mit allen Kräften an dem Sturz der jetzigen Regierung arbeiten werde.

Zustimmungsminister keine erklärte in der Debatte, die 'rote Fahne' werde für lange verboten bleiben, bis der Belagerungs-zustand aufgehoben ist.

Im Rahmen persönlicher Bemerkungen gab es noch eine kleine Auseinandersetzung zwischen dem jetzigen Kultusminister Dauterive und seinem früheren Kollegen Hoffmann. Dauterive bestätigte Hoffmanns Angabe, daß er dem Unterstaatssekretär Dr. Wäge den Rücktritt nahegelegt habe. Er bestritt aber die weiteren von Hoffmann daran geknüpften Behauptungen.

Die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag, die namentlich erfolgen soll, wurde auf Mittwoch vertagt. Für den Antrag werden auch alle bürgerlichen Parteien stimmen, seine Annahme ist also gesichert.

Heute findet keine Volkssitzung statt, da die Verfassungskommission an die Arbeit geht.

### Der Sitzungsbericht.

Am Regierungstisch: Girsch, Reinhardt u. a.

Wegen Verweigerung der Anstellung von Kurieren durch die Posten haben wiederum verschiedene Mitglieder nicht erscheinen können. Zahlreiche weitere Einsprüche und Verwahrungen sind eingegangen gegen das Vorgehen der Posten in den östlichen Bundes-teilen, ebenso gegen den Plan der Errichtung eines selbständigen Staates Hannover.

Die Beratung des Antrages der Unabhängigen be-züglich Aufhebung des Standrechts und des Be-fugnis zu Waffenbesitz wird fortgesetzt. Hierzu liegt vor ein Antrag Adolf Hoffmann, die Regierung zu ersuchen, sofort eine Untersuchungskommission einzusetzen, die bestehend aus einer gleichen Anzahl Mitglieder der Bundesversammlung und des Berliner Volksrats, die Aufgabe hat, die Vorgänge zu unter-suchen, welche sich auf den Straßen Groß-Berlins in den letzten Wochen abgepielt haben und damit in Zusammenhang stehen. Ein Antrag der Abg. Koch u. Gen. (Soz.) geht dahin, eine Kommission von 21 Mitgliedern einzusetzen, die gemäß Artikel 82 der alten preussischen Verfassung die Tatsachen über die Mord-taten und den Verlauf der Unruhen in Berlin vom März dieses Jahres feststellen soll. Die Kommission ist berechtigt, den Justizminister und den Kriegsminister aufzufordern, die gerichtlichen Akten über die aus Anlaß der Unruhen eingeleiteten Strafverfolgungen einzu-senden und der Kommission vorzulegen, sobald dies ohne Verzögerung und Störung der gerichtlichen Verfahren möglich ist.

Ministerpräsident Girsch: Kein Beamter des Ministeriums des Innern hat über die Vorgänge in Nichtenberg irgendwelche Mit-teilungen an die B. Z. gemacht. Ihre Nachrichten stammen, ebenso wie die des Ministeriums, vom Kommando der Schutz-mannschaft. Dieses hatte zwei gleichlautende Meldungen er-halten: Von der Garde-Kavallerie-Schüßendivision, die hier kurz nach 10 Uhr vormittags telefonisch mitgeteilt hatte, daß die gesamte Besatzung des Polizeipräsidiums ermordet worden sei, und von der Nachricht von einem zweifelslos zuverlässigen Augenzeugen erhalten zu haben; die zweite Meldung stammte von einem Soldaten des Detachements Künzel, der sich auf die Angaben mehrerer Soldaten berief, die den Vorgang als Augenzeugen mit angesehen hätten. Nach Aussage der Besatzung des Polizeipräsidiums ist diese Mord-tat die Spartacisten ihrer habhaft worden, in rohester Weise misshandelt und unangekündigt mit Geschüssen bedroht worden. Ein höherer Polizeibeamter wurde nicht weniger als dreimal an die Wand gestellt und ihm jedes-mal gefolgt.

Dann wurde er freigelassen und nach einer Stunde wieder-holte sich das gleiche Manöver. (Rufe bei den U. S.: Namen nennen!) Ich werde mich hüten. Wenn das nicht genaugen ist, dann weiß ich nicht, was genaugen ist. Nach den bisherigen Meldungen ist ein Beamter auf die von Polizeipräsidium gefallen. (Abg. Dr. Rosenfeld ruft: Also nicht ermordet!) Gegen Sie mir doch nicht Worte unter, die ich gar nicht gebraucht habe. Soweit parlamen-tarischen Anstand kann ich auch von Dr. Rosenfeld verlangen. Ein anderer Beamter ist nach furchtbaren Misshand-lungen auf der Straße aufsteigend im Depot erschossen worden. Wo seine Leiche gefunden ist, steht bis-her noch nicht fest. Ein anderer Beamter, Schönsfelder, ist aus seiner Wohnung geschleppt und gründlich misshandelt worden, auf einen weiteren ist auf der Straße mehrfach geschossen worden, einer ist ver-schwunden, sein Schicksal ist unbekannt. Alle Beamten haben infolge der fortgesetzten Bedrohungen und Misshandlungen schwere Nerven-erschütterungen erlebt. (Von. Red. U. S.: Bei den U. S.: - Bekhaftere Prüsel bei der Mehrheit.) Die bisher festgestellten Vor-kommnisse in Nichtenberg rechtfertigen allein schon im vollen Umfang die Unannehmlichkeiten, die durch die militärischen Bestimmungen ver-schärften militärischen Bestimmungen.

Kriegsminister Reinhardt: Es ist wohl kein Wort darüber zu verlieren, daß Soldaten, die 4½ Jahre die höchsten Pflicht, die Ver-teidigung der Heimat gegen äußere Feinde ausgeübt haben, nur mit blutigen Herzen gegen einen Bürgerkrieg eintreten sollen. (Rufe b. d. U. S.: 7. bis 18. Jahrgang!) Nur die bittere Erkenntnis, daß unser armes Volk so handeln zu müssen, hält diese Männer aufrecht, für un-ser alle zu größtem Danke verpflichtet sind. (Bekhaftere Zustimmung.) Ich freue mich, daß das gemeingefährliche Ge-fundel, das mit der Waffe in der Hand pläntelt, von niemand, auch von den Unabhängigen nicht verteidigt wird, noch mehr würde ich mich freuen, wenn auch denen, die in der Kamp-führung solchen Gefindels ihr Leben einsetzen, einstim-mig ge-

danft würde. (Beifall.) Der Treubruch eines Teiles der Behören und der Waffengenossen kann durch kein Mißverständnis entschuldigt werden. Bei Beurteilung der Tat-sachen lassen Sie folgendes auf sich einwirken: Wie finden sich denn die Waffen auf gewaltigen, in den Händen verdorbener Auf-rührer befindlichen Lager zusammen? Wie kommen selbst Geschütze in die Hände sogenannter Unschuldiger und wie passen sich diese Kampfwaffen planmäßig und reichlich mit Munition? Wie oft hat schon die Volksgemeinde seit dem 9. November verdornt und gemahnt, die Waffen abzugeben. Dem gestrigen Sonntag sind

in Alsdorfhof 27 Maschinengewehre, 650 Gewehre und Karabiner, 2321 Seitengewehre, 475 000 Patronen eingebracht

worden. (Bekhaftere Rufe: Hör! Hör! — Zuruf bei den U. S.: Auf der Kommandantur! — Lärm, Widerspruch und Prüsel rechts. Abg. Hoffmann ruft: Sie belügen das Volk! — Ern. Zur. rechts und gr. und. Lärm.)

Präsident Reinert: Ich bitte die Herren (zu den U. S.), doch den parlamentarischen Anstand zu wahren.

Kriegsminister Reinhardt: Die Verhängung des Belagerungs-zustandes war vom militärischen Standpunkte aus eine ganz unerläßliche Maßnahme. Die Verhängung des Standrechts ist nur einer äußersten Notlage entsprungen. Wenn man von angeblichen Lieber-übungen, amüßiger Stellen spricht, so darf man nicht vergessen, daß in solchen Kampfsituationen die Aufrichtigkeit der am Kampf beteiligten Kommandanten die reinste Menschlichkeit bedeutet, und zwar die Menschlichkeit der Aufregung und der Hochspannung. Eine Division der Regierungstruppen hatte schon am 13. März abends rund 20 Offiziere und 80 Mann an Toten und Verwundeten verloren. Einzelnen dieser im Kampf für die Ordnung umgekommenen sind dabei

von eigenen Volksgenossen schwere Marterungen im unbegriffenen Mut erlitten worden.

Der Minister fährt einzelne dieser Fälle an nach den bereits in der Presse veröffentlichten Zeugenaussagen. (Zuruf bei den U. S.: Er-zählen Sie uns doch lieber etwas von Grausamkeiten der Regierungstruppen.) Unter allen billigen Denkenden herrscht Uebereinstimmung, daß die Regierung stillstehen muß, aber nicht die Gerechtigkeit werden. Je schwerer der Kampf, desto weniger lassen sich Schär-fen vermeiden. Aber kein vernünftiger Mensch kann doch glauben, daß die mit vieler Mühe zusammengeworbenen Freiwilligen sich über die Kämpfe freuen.

Abg. Giering (Soz.): Wir begrüßen diese Debatte. Das preußische Volk will wissen, ob das Parlament den Willen und die Regierung die Macht hat, das Volk vor weiteren Unruhen zu schützen. Der Selbstverleugung muß endlich Einhalt geboten werden, sonst treiben wir dem Abgrunde entgegen. Die Novemberrevolution hat der freiheitlichen Entwicklung die Wege gebahnt. Diese Revolution ist nach dem freiesten Wahlrecht gewählt. Gewiß bleibt noch viel zu tun, aber es ist unmöglich, in einem Zuge alle Wünsche der Volksgenossen zu erfüllen. Dazu ist ein organischer Aufbau unerlässlich, der nicht alle Augenblicke durch parteiliche Treiberarbeiten gestört werden darf. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir sind dem Wahnge-trübe, aber es ist heller Wahnsinn, sich der Verweigerung oder Selbst-verleugung hinzugeben. Es gibt nur eine Möglichkeit, aus dem Zustand der Kastei herauszukommen: das ist Arbeit, Kultur, fördernde Tätigkeit. (Zuruf: Wahr! bei den Soz.) Wir haben volles Verständnis für das Bestreben der Arbeiter, sich die Last des Lebens zu erleichtern, aber

ein Generalstreik in dieser Zeit ist ein Verbrechen.

(Bekhaftere Zustimmung bei den Soz.) Die Unabhängigen können aber das unschuldig vergossene Blut, aber mit keinem Wort hat der Abg. Hoffmann diejenige verurteilt, die es zu den Kämpfen der letzten Zeit haben kommen lassen, die Spartacisten, die zuerst mit Waffengewalt vorgegangen sind.

Abg. Gromowski (Z.): Die jetzigen Regierungsmänner ge-bräuchen zur Verteidigung gegenüber den Unabhängigen dieselben Gedanken die wir immer vertreten haben. Ist der Regierung be-known, daß die Unabhängigen und Spartacisten zum 28. März einen neuen Generalstreik planen? (Hört, hört!) Redner schildert unter großer Lärm der Unabhängigen die beim Streik im Ruhr-rebiet verübten Gewalttätigkeiten.

Abg. Medel (Dem.): In unserer geradezu trostlosen wirtschaft-lichen Lage ist es eine Leichtfertigkeit sondergleichen, die Arbeiterkraft von einem Streik in den anderen hineinzujagen. Nach Proklamierung des Generalstreiks in Berlin am 3. März sind nach am 4. März zwei Arbeitslosenklasse von der Volksmarineidivision in manstallat worden. Während draußen schon die Maschinen-gewehre knallen, fänden sich am Abend dieses Elementes, die am Tage die Arbeiterkräfte aus den Betrieben gejagt hatten, zusammen, um sich auf Massenaktionen zu veranlagen. Die Arbeiter-schaft muß auf das Eindringlichste vor der Revolutions-pöbelhaft gewarnt werden. Ein Wutruf nach dem anderen wird organisiert, auch dem heftigen Lärm in Anarchie und Chaos. Das gilt, doch von dem letzten Aufstand in Berlin. Immer verfuhrte man die Nationalversammlung in Weimar abzujubeln und dann volle es in Berlin losgehen. Die neue Regierung hatte man ja schon bei der Hand, da hier zu-jänglich am 2. März der Vorzeiger der Unabhängigen statt-fand. Niemand ist ein Streik leichtsinniger von Jaun gebrochen worden als dieser. Er hatte lediglich den Zweck, den politischen Aufstand zu inszenieren. Darum erwärtete man unmittelbar nach Proklamierung des Streiks 52 Polizei-reviere. Die alsbald aufstehenden Minenwerfer und schweren Geschütze wird auch kein Mensch für harmlose An-denken halten, die die Kriegsteilnehmer aus dem Felde mitgebracht haben. Barrikaden wurden errichtet, man ging daran, die gefan-genen Januar-Spartacisten zu befreien, und gleichzeitig begann auch der systematische Raub- und Plünde-rungszug. Gestern hat man in der Weisstraßen die der Parteigenossen des Herrn Adolf Hoffmann ganze Reiseförbe voll geplündert Gegenstände vorgefunden. (Stür-mische Zurufe bei den U. S.) In Halle hat man die Arbeits-willigen Eisenbahnarbeiter mit Waffengewalt vom Bahnhof vertrieben, in Düsseldorf schossen die Unabhängigen ganz wahllos mit Maschinen-gewehren in einen Anzug meiner Parteifreunde hinein mit dem Ge-bietnis: 14 Tote und zahlreiche Verwundete. (Stürmische Ausschreie der Entrüstung bei der Mehrheit. Andauernde Rufe: Wider! Wider! — Abg. Dr. Rosenfeld ruft: Holt doch den Leutnant mit jehn Mann!) In Berlin ist es nicht anders zugegangen. Als der Generalstreik sich bereits seinem Ende näherte, versammelten sich die Vertrauensmänner des Eisenbahnerverbandes in Rummelsburg. Die Unabhängigen haben das Versam-mlungslokal mit Hilfe von 200 Bewaffneten belagert, Hand-granataten in den Saal geworfen und auf die Straußensamen mit Gummikugeln und Waffen losgeschlagen, so daß es 40 Schwerverletzte gab, darunter unteren Kol-len, das Mitglied dieses Hauses Otto Hoffmann, der mit sechs Messerstichen im Kopf noch heute im Krankenhaus zu Rummelsburg darniederliegt. (Neuer Ausbr. b. Lmo. bei der Mehr. Lärm. und. Prüsel.) Ihr Jhen (zu den Unabh. Soz.) fingern hebt das Blut dieser ehelichen Ar-beiter. Der Regierung kann ich den Vorwurf nicht erheben, daß sie nicht rechtzeitig zum Schutz der Arbeiter ein-griffen hat. Auf die Schwerföhrer ist keineswegs überall Verlaß gewesen, in Halle haben sie sich sofort an die Spitze der Plünderer gestellt. Die Unabhängigen verfolgen die Taktik, das Vertrauen unter die Regierungstruppen zu untergraben, damit sie, ihre Offiziere, die Regierung und Polizei auch die letzte Luft verliere, noch etwas zum Schutz des Bürgerturns zu tun. Wie dankten den Truppen und dem Oberbefehlshaber, wir danken auch den treuen Schutzmannern für das, was sie geleistet haben. Der Belagerungs-zustand kann angehts aller dieser und vieler anderer Schandtat-en noch nicht aufgehoben werden. Der Antrag Hoffmann hat offen-bar den Zweck, die entscheidende Niederlage des Generalstreiks zu vermeiden. Die Unabhängigen erkennen, wie ihr Parteitag beweist, als die fraktionslos rechtliche des Sozialismus. Dem An-trag Auch stimmen wir zu. Draußen geht es mit der Propaganda

für neue Schritte schon munter weiter. Auf Breslau wurde schon hin-gewiesen, hier in Berlin wird die Wiederherstellung des Gene-ralstreiks in nahe Aussicht gestellt, mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen. Man werde aber das nächste Mal den Western Berlin, das Ruhrgebiet, Düsseldorf und Charlottenburg ausplündern und mit dem Gas- und Wasserstreik anfangen. Die Regierung sollte die ständigen Arbeiter in den Eisenbahnen gegen die vorübergehend eingestellten ungeschulten Arbeiter schützen. Ausgerechnet Herr Adolf Hoffmann ruft sich hier auf über die Unter-drückung der 'Republik'. er, der an der Spitze eines bewaff-neten Hauses am 9. November in die Redaktion der 'Berliner Volkszeitung' einbrang. Auch über die Telefon-sperre dürfen sich gerade die Unabhängigen am wenigsten beklagen. Wir verlangen vor allem die restlose Beschlagnahme der Waffen. Die Regierung frage sich, ob etwa die Möglichkeit besteht, daß die Spartacisten Waffen aus den Munitionsfabriken zu-geliefert werden. Wir wünschen einen Frieden der Ge-rechtigkeit. Erst dann wird unser Volk aus seinem Fiebertraum ge-weisen. Das ist unsere Hoffnung und unsere Gewißheit. (Bekhafter Beifall.)

Abg. Obuch (U. S.): Wir Unabhängigen wollen nicht den Kampf gegen Volkston, sondern gegen das System, wir verwenden alle Ge-waltsmittel. (Rufe b. d. Soz. — Zuruf: Theorie und Praxis!) Wir erkennen den Sozialismus nicht nur in der Theorie, sondern arbeiten praktisch an seiner Verwirklichung. (Stürm. Gelächter b. d. Soz.) Wir sind für das Rotestystem. Kein Wortwurde gegen Leben und Leben unberührt. Eigentlich habe ich meinen Parteigenossen ver-sprochen, nicht über Düsseldorf zu sprechen. (Gelächter u. Zur.: Das glauben wir! Heißes Gehen!) Ich war allerdings für ein Stab-gericht nach dem 9. November zum Saule der Revol-ution. (Bekhaftere Rufe, Hört, Hör! — Zuruf: Dieser ruft auf Mensch hat Düsseldorf ruiniert!) Wir haben zu weit-gehende Maßnahmen der Spartacisten verhindert. (Lärm und Bekhaftere Rufe: Sie haben die vierzehn erstürzten Demokraten — Zuruf: Sie haben die vierzehn erstürzten Demokraten!) Auch wir verurteilen die Plünderer und unfaulteren Elemente. (Erregte Rufe: Düsseldorf! München! Brauseinter-bruder! Wo haben Sie das Düsseldorf Geld gelassen? Hätte man Sie das Düsseldorf Geld gelassen? Hätte man Sie das Düsseldorf Geld gelassen? Hätte man Sie das Düsseldorf Geld gelassen? Hätte man Sie das Düsseldorf Geld gelassen?) Redner schreit mehrere Minuten. Die allgem. Erregung steigt, man hört die Rufe: Langfinger! Wir verlangen, so schnell als möglich, eine Kommission mit richtiger Be-fugnisse. Die in Widerspruch gefundenen Waffen stammen aus der Kommandantur. (Hört, hört! b. d. U. S.) Ein Offizier in Alsdorf-anheer: Arbeiter- und Soldatenräte gibt es für uns nicht mehr. (Hört, hört! b. d. U. S.) Wir verlangen fortgesetzte Befestigung des Belagerungszustandes. (Beifall b. d. U. S.)

Abg. Hoffmann (Deutsche Vp.): Als Nichtenberger Bürger und Augenzeuge einer Reihe von Vorgängen aus diesen acht Tagen des Grauens und Schredens muß ich gegen die Darstellung des Abgeordneten Hoffmann ganz entschiedenen Widerspruch erheben. Redner gibt eine eingehende Darstellung der Nichtenberger Vor-gänge und berichtet von einigen Grausamkeiten der Sparta-cisten gegenüber Regierungsbeamten. Der Abgeordnete Hoff-mann hat dazu geschwiegen und kein Wort des Tadels dafür gesagt, was für entsetzliche Zustände in Nichtenberg auch Tage lang herrschte. Ich bin vollständig abgeschlossen waren von Wasser, Licht, sogar Lebensmittel. Redner berichtet dann die Widersprüche auf dem Bahnhof, schildert den Jubel, mit dem die Besatzer begrüßt worden sind und schließt mit dem Ausdruck der Ermunterung, daß die Truppen erst zurückgezogen werden, wenn Ruhe und Ordnung vollständig wiederhergestellt sind.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Das Schluß-wort erhält

Abg. Adolf Hoffmann (U. S.): Für die von mir angeführten Fälle von Gewalttaten bin ich bereit, Zeugen zu stellen, wenn eine Untersuchungskommission eingesetzt wird, zu der wir Vertrauen haben können. (1) Deshalb wünsche ich die Zustimmung der Räte. Herr Girsch hat ja jetzt die Studenten zu den Waffen gerufen. Ich wünschte, er würde seinen Ministerposten erhalten. (Lärm.) Hat er doch einen Unterstaatssekretär, der nicht von seinen Fähig-keiten zum Minister überzeugt war, eine Verbindung von 12 000 Mann angeboten, damit er seinen Abschied nähme (Unterstaatssekretär Wäge). In persönlicher Bewertung erklärt

Abg. Girsch die Darstellung des Abgeordneten Hoffmann für falsch. Vor der Abstimmung über den Antrag Hoffmann, die namentlich sein wird, vertagt sich das Haus um 8¼ Uhr auf Mittwoch 2 Uhr. (Anfragen, Abstimmung über Antrag Hoffmann mit den Unteranträgen: zweite und dritte Lesung der Notverfassung; Bitten-gesetz; Anträge aus dem Hause.)

### Gegen den Raub des Saargebietes.

Auf Veranlassung des Ausschusses für den Saargebietsschutz fand gestern abend im Sportpalast in der Potsdamer Straße eine außer-ordentlich stark besuchte Versammlung statt, die sich zu einer ein-dringlichen Protestkundgebung gegen die von Frankreich beabsichtigte Annexion des Saargebietes gestaltete. Redner waren Staatsminister A. Dr. Sydow, Universitätsprofessor Geheimer Regierungsrat Dr. Dr. Pr. Baumgarten und Rechtsanwalt Volkert. Dr. Sydow verlas darauf Mitteilungen des Abgeordneten Dr. Pfeiffer, das Saargebiet zu annektieren. Nach diesen Mitteilun-gen soll schon in den nächsten Tagen in Saar-Louis eine große Kund-gebung stattfinden, in der auch den Anhang dieser Stadt an Frankreich proklamieren wird. Diese Mitteilungen wurden von der Versammlung mit der lebhaftesten Entzückung aufgenommen. Es wurde scharf gegen die Grundsätze angenommen, in der die Bestimmungserwartung ausgeprochen wird, daß Regierung und nationale Verantwortung unter fremden Ansprüchen auf die Forberung Frankreichs auf das Saargebiet eingehen werden, da andern-falls ein dauernder Friede und eine Verhöhung der feindlichen Rationen unmöglich ist.

Wittelschwarz winkt ab. Der Aktionsausschuss für den Generalstreik in Mitteldeutschland erklärt, entgegen anderslautenden Versicherungen, daß in absehbarer Zeit an einen neuen Generalstreik nicht gedacht werde, insbesondere nicht die Mitteilung falsch, daß schon für den 20. März ein neuer Generalstreik geplant sei.

Ludendorffs Werk über den Weltkrieg. Wir lesen in den P. N. nach französischen Aufstellungen hat Ludendorff dem 'Daily Express' und dem 'Matin' das Recht auf den Erdruck seines Buches über den Weltkrieg für je 1 Million angeboten. Der 'Matin' hat abgelehnt. Ludendorff hätte Frankreich schon genug gekostet, er verzichte darauf, wie er in einer Glose redaktionell bemerkt, ihm eine weitere Kriegs-kontribution zu leisten. — Für einen Scherz ist das Gange heiter genug.

Der Exzerpt für internationale Arbeiterfragen. Der sozialdemokratische Schriftsteller und Hauptmitarbeiter der Münchener 'Post', Paul Kampffmeyer, ist in das Auswärtige Amt nach Berlin berufen worden, um das neugegründete Exzerpt für internationale Arbeiterfragen zu übernehmen.

Hamburg, 17. März. Bei den gestrigen Bürgerstimmwahlen erhielten die Mehrheitsfraktionen 81, deutsche Sozialisten 33, deutsche Volkspartei 14, Unabhängige Sozialisten 13, Wirtschaftliche Partei sechs Stimm.

Verantwortliche Redakteure: für äußere Politik: Dr. Erich März-Ghar-ttenburg; für innere Politik: Axel Springer; für Kommune- und Social-Demokratie: Georg Meißner; für Justiz und Wirtschaft: Georg Meißner; für Reichspolitik: Georg Meißner; für den Internationalen: Paul Gelbig; für den Internationalen: Paul Gelbig; für den Internationalen: Paul Gelbig. Druck und Verlag: Rudolf Hoffmann, Berlin. Nr. 1 Beiblatt.



